

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung

Bezugspreis 2— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 238 B

BERLIN • Sonntag, den 9. Oktober 1932

I. JAHRGANG

Immer wieder Nazi-Terror trotz der Notverordnung

AUS DEM INHALT:

„Vorwärts“ boykottiert Leipart.
Private Weltanschauungen.
Weißrussische Putschorganisationen.
Bist Du noch in der Kirche?
Um die Papen-Bracht-Diktatur.
Betrogene Bauern.

Lohnkämpfe mit und ohne „einstweilige Verfügung“.

Von Fritz Grob.

Täuschen wir uns nicht: In diesen Wochen und Monaten geht es um mehr als um die Beseitigung konkreter Mängel der Weimarer Reichsverfassung, es geht um die Grundrechte der Arbeiter in Wirtschaft und Staat. Die Arbeiter sollen nicht nur im politischen Leben wieder mündigen Rechts sein, sie sollen auch bei der Regelung der Arbeits- und Lohnbedingungen nichts mehr mitsprechen haben.

Diese Ansicht, ausgesprochen in der neuesten Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“, ist Gemeingut in allen freien Gewerkschaften. Deshalb haben sie auch den Kampf gegen den von der Regierung Papen verordneten Lohnabbau aufgenommen. Das Unternehmertum ist überrascht von der Kraftentfaltung der Arbeiterschaft und verlangt durch den Mund der „Berliner Börsen-Zeitung“ von der Regierung „einen kräftigen Dämpfer“ gegen die „immer kühner und unverschämter“ werdenden Arbeiter, deren Bewegung „keineswegs tot, sondern im Gegenteil wieder äußerst aktiv ist“.

Angesichts der Kraftentfaltung der Arbeiterschaft zögert die Regierung offenbar, dem Wunsch der Unternehmer zu entsprechen und wiederholt zum soundsovielten Male, daß die Streiks der Gewerkschaften gegen den notverordneten Lohnabbau Tarifbruch seien.

Die Unternehmer wissen sich nicht anders zu helfen, als entweder auf den Lohnabbau zu verzichten oder auf dem Wege über die Erwirkung einstweiliger Verfügungen die Gewerkschaften einzuschüchtern. Während die Unternehmer der Schuhindustrie in Weissenfels und das Alexanderwerk in Remscheid wegen Formfehler mit ihrer Klage abgewiesen wurden, ist es den Schuhnehmern in Bayern und der Leipziger Großbuchbinderei Sieke & Co. gelungen, eine einstweilige Verfügung gegen den Streik der Gewerkschaften zu erreichen. Ob eine Gegenklage der Gewerkschaften Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten.

Die Gewerkschaften stehen also vor der Entscheidung, ob sie diese Kämpfe bei der drohenden Haftbarmachung für den Schaden weiterführen sollen. Sie sind da etwa in derselben Lage, als wenn sie gegen verbindlich erklärte Schiedssprüche streiken sollen. Tatsächlich haben sich die Gewerkschaften dem für die Hamburger Verkehrsarbeiter in den jüngsten Tagen verbindlich erklärten Schiedsspruch, der einen 11prozentigen Lohnabbau brachte, gefügt. Dazu ist zu sagen, daß sie heute klüger Weise zunächst auch gar nicht anders handeln können. Und so hat denn auch der Buchbinder-Verband in Leipzig die bei der Firma Sieke & Co. streikenden Mitglieder aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Wenn aber auch den Gewerkschaften in solchen Situationen die Führung und Unterstützung des Streiks verboten ist, so ist doch nicht den einzelnen Arbeitern verboten, gemeinsam mit anderen die Arbeit einzustellen unter Verzicht auf die gewerkschaftliche Streikunterstützung.

Und es ist vor allem auch nicht der Arbeiterklasse verboten, ihre kämpfenden Klassengenossen durch Geldsammelungen und Lebensmittel zu unterstützen.

Weil dies auch sonst bekannt ist, deshalb ist von den Unternehmern verschiedentlich schon gefordert worden, überhaupt ein Streikverbot zu erlassen. Das wäre aber so ähnlich wie eine brennende Lunte am Pulverfaß und die Regierung, die darauf sitzt, wird sich sehr überlegen, ob sie das Risiko des Selbstmordes eingehen möchte.

Vom Hugenberg-Hitler-Kriegsschauplatz.

Bei der Saalschlacht zwischen SA-Banden und Deutschnationalen in der deutschnationalen „Neue Welt“-Versammlung in Berlin sind bis jetzt mehr als 20 Verwundete festgestellt worden. Darüber hinaus haben aber die Nazis zahlreiche Verletzte aus ihren Reihen selber verbunden und abtransportiert.

70 Stühle, 25 Tische und zahlreiche Biergläser, Kaffeetassen, Aschenbecher u. s. w. wurden zerbrochen.

Da die Nazis im bürgerlichen Lager mit ihren Aktionen gegen die Deutschnationalen keinen sehr günstigen Eindruck hinterlassen haben, hat nach einer Meldung des „Angriff“ Graf Helldorf, der Führer der Gruppe Berlin-Brandenburg der NSDAP, folgenden Befehl erlassen: „Die deutschnationale Presse setzt mit ihrer Phantasie die letzten erfolgten Versammlungsstörungen auf unser Konto. Die deutschnationalen Versammlungen werden an ihrer eigenen Langweiligkeit und Lächerlichkeit. Jede Beteiligung unsererseits macht höchstens Reklame, Klamauk zieht Neugierige herbei und Zahlung von Eintrittsgeldern stärkt den gegnerischen Wahlfonds. Daher ordne ich an, daß die SA sich von deutschnationalen Versammlungen fernhält.“

Sie wollen es also nicht gewesen sein und meinen außerdem großschauzig, ihr Klamauk macht die gegnerischen Versammlungen interessant, ohne Klamauk herrsche dort öde Langweiligkeit und Lächerlichkeit.

Versammlungsteilnehmer von der Galerie in den Saal geworfen.

In Düsseldorf kam es am Freitagabend in einer deutschnationalen Versammlung in der „Tonhalle“ über das Thema „Nazi erwache“ zu einer ausgedehnten Schlägerei zwischen SA und deutschnationalem Saalschutz. Es fielen eine Anzahl Schüsse, durch die eine Person schwer verletzt wurde. Den Nazis gelang die Sprengung der Versammlung. Sie haben in solchen Betätigungen die größere Übung. Zwei Schwerverletzte mußten ins Krankenhaus überführt werden. Daneben gab es zahlreiche leichter Verletzte.

Kontingentierungen führen zu Entlassungen.

Wird der Reichsernährungsminister entlassen?

Rpt. Mit der vom Reichsernährungsminister von Braun in seiner Münchener Rede angekündigten Kontingentierungspolitik wurde nahezu allen wichtigen Abnehmern deutscher Industriewaren um großagrarischer Agitationsbedürfnisse willen der handelspolitische Fehdehandschuh hingeworfen. Anscheinend geht diese großagrarisches Attacke, vor der die Großhändler schon lange gewarnt haben, nunmehr auch den Industrie-Baronen zu weit, und sie wird ihnen insbesondere von Herrn von Braun zu forsch geritten. Dem Abbruch der Verhandlungen in Holland sind soeben ergebnislose Verhandlungen in Italien gefolgt; daß es der reisenden Verhandlungskommission in Dänemark nicht besser gehen wird, ist leicht vorauszusehen.

Der Reichsfinanzminister von Krosigk und der Reichswirtschaftsminister Warmbold haben bereits in Kabinettsitzungen gegen Braun energisch Opposition gemacht. Es scheint fast, als ob bei seinen Kollegen die Meinung wächst, Braun fallen zu lassen, schon um die Durchführung des Papen-Planes und die erhoffte Ankurbelung der Wirtschaft nicht durch handelspolitische Abenteuer zu gefährden.

Nicht viel anders ist es mit dem Vorschlag, den der Führer der sächsischen Industriellen, Herr Wittke, in der Zeitung „Sächsische Industrie“ vom 17. September machte:

„Es bleibt noch zu erwägen, ob die Regierung nicht durch Notverordnung den Gewerkschaften untersagt, von Arbeitern und Angestellten, die mit Arbeitszeitverkürzung, also mit ge-

Ein Versammlungsteilnehmer, der von der Galerie herab in den Saal schießen wollte, wurde entwapnet und über die Brüstung in den Saal geworfen.

Leider wird nicht berichtet, ob und wieviel Verhaftungen vorgenommen worden sind.

Neuer Terror in Schlesien.

In Breslau bemüht sich die SA seit einigen Tagen ganz besonders um die Bekämpfung der Langweiligkeit, indem sie planmäßige

Ueberfälle auf Reichsbannermitglieder, sozialdemokratische Zeitungsverkäufer und Angehörige der „Eisernen Front“ durchführt. Sogar Stahlhelmmitgliedern wurden Abzeichen abgerissen. Wer sich zur Wehr setzte, wurde schwer mißhandelt. Sechzehn SA-Leute, die an einem solchen Ueberfall beteiligt waren, konnten von der Polizei festgenommen werden.

Nazi-Überfälle in Hamburg.

In Hamburg wurden am Donnerstag an drei verschiedenen Stellen der Stadt sozialdemokratische Arbeiter von Nazis aus dem Hinterhalt überfallen und schwer mißhandelt. Nur in einem Falle gelang es einen der Täter zu erwischen.

Daß nur ein kleiner Bruchteil der Nazi-Ueberfälle in der Öffentlichkeit bekannt wird, wird gezeigt in einer Statistik, die von der „Roten Hilfe“ aufgemacht worden ist. Danach haben in der Zeit vom 1. bis 29. September in Deutschland

79 Ueberfälle durch Nazis stattgefunden, bei denen 148 Personen verletzt

worden sind. Es wird Herrn Braucht am Montag vor dem Staatsgerichtshof schwer fallen nachzuweisen, daß er die „Ruhe und Ordnung“ wiederhergestellt habe, denn die überwiegende Mehrzahl der von der „Roten Hilfe“ gemeldeten Fälle hat sich in Preußen ereignet.

SA-Sturmführer verhaftet.

In Allenstein wurde unter dem Verdacht, des Handgranatentatats auf ein jüdisches Geschäftshaus der Sturmführer der Allensteiner SA verhaftet.

Davon, daß Warmbold, der angesprochene Vertreter industrieller Interessen im Kabinett, geht, war vor Wochen die Rede, als er den ersten Protest gegen die Kontingentierungspolitik äußerte. Warmbolds Stellung scheint jetzt völlig gesichert zu sein. Dafür nennt man nun bereits einen Nachfolger für seinen Gegenspieler Braun: den pommerschen Rittergutsbesitzer von Knebel. Dieser gilt für diplomatischer als Braun; man hofft also, daß er nicht so viel handelspolitisches Porzellan zertrampelt wie der massivere Herr von Braun. Wenn den Holländern nun sogar ein Ministerkopf als Opfer dargebracht wird, läßt sich die Schädigung der deutsch-holländischen Handelsbeziehungen wohl reparieren!

Es ist wahrlich tausend Mal besser, der schuldige Minister wird schnellstmöglich entlassen, als daß Tausende von Arbeitern in der Exportindustrie entlassen werden.

Das sieht vielleicht sogar ein Kabinett der Barone ein; denn es braucht — wie Herr von Krosigk seinen Kollegen wohl klar gemacht hat — außer Leuten, die Steuergelder vertun, auch solche, die Steuern zahlen!

senkten Löhnen, arbeiten, die Mitgliederbeiträge zu erhöhen. Ob die Gewerkschaften Schaden dabei erleiden, ob sie ihren Verwaltungsapparat abbauen müssen, ist gleichgültig.

Dieser Vorschlag, der in Verbindung gebracht wird mit jener Konferenz, über die „Der Deutsche“ im September alarmierend berichtete, daß eine Anzahl auserlesener Wirtschafts-

fürher mit einigen Mitgliedern der Regierung Pape (was die Regierung prompt dementierte) sich im „Hotel Kaiserhof“ in Berlin die Köpfe zerbrochen habe, wie „die Existenzbasis“ der Gewerkschaften zertrümmert werden könnte, um auf diesem Wege zu einer Besetzung der Gewerkschaften zu kommen“ — auch dieser Vorschlag vermag, durchgeführt, die Arbeiterklasse nicht entscheidend zu treffen; denn die Kraft der Gewerkschaften und damit der deutschen Arbeiterklasse ruht heute weit mehr in dem jahrzehntlang aufgebauten Funktionär- und Organisationsapparat als auf der finanziellen Kraft und beruht auf der noch immer starken Kampfsolidarität. Die Unterschätzung dieses Funktionär- und Organisationsapparates auch durch die KPD ist heute derart deutlich, daß der Bankrott der RGO-Politik die ganze KPD anscheinend lahmgelegt hat, weil sie sich nicht entschließen kann, diese Unterschätzung gründlich zu korrigieren.

Mit diesen Erörterungen ist gezeigt: Das Bollwerk der

deutschen Arbeiterklasse sind heute die freien Gewerkschaften. Wer darin herumbohrt und es zu sprengen sucht, begeht ein Verbrechen. Dieses Bollwerk gilt es zu stärken, gerade heute, — die Gewerkschaften haben zur Werbearbeit bereits aufgerufen.

Die Gewerkschaften sind auch der Kern der zu schaffenden politischen Einheitsfront; dort kann wieder Führung genommen und an der Entgiftung der Atmosphäre in der Arbeiterbewegung gearbeitet werden. Diese Aufgabe darf nicht unterschätzt werden; denn wie alleseitig anerkannt ist: Ein Ausweg für die Arbeiterklasse aus der heutigen Lage ist nur durch die Machtergreifung und selbständige Machtausübung der Arbeiterklasse in geschlossener Front möglich, und deshalb ist eine weitgehende Vorbereitung sachlicher gemeinsamer Arbeit heute dringend nötig, für die die Gewerkschaften der Boden sind.

Staatshaushalt in der Krise. Regierungskrise in der Tschechoslowakei.

In der Tschechoslowakei ist eine starke politische Spannung dadurch eingetreten, daß der Finanzminister die Absicht hat, die Beamtengelder um 15 Prozent herabzusetzen, und auf die Forderung des Ministerrats, lediglich eine achtprozentige Senkung vorzunehmen, mit seinem Rücktrittsgesuch geantwortet hat. Die Regierungsparteien fürchten sehr, daß es zur Auflösung des Parlaments und also zu Neuwahlen kommen könnte, wenn im Kabinett keine Einigung erzielt wird. Obwohl sie der Ansicht sind, daß die Durchführung einer starken Senkung der Beamtengelder das Ansehen der Regierung auf eine sehr harte Probe stellen würde, haben sie sich zu weiteren Verhandlungen mit dem Finanzminister bereit erklärt.

Weißrussische Putschorganisationen geschützt von der bulgarischen Polizei.

Aus Sofia wird berichtet, daß es der bulgarischen Polizei gelungen sei, einer bolschewistischen Spionageorganisation auf die Spur zu kommen, die in weißrussischen Militärverbänden in Bulgarien arbeitet. Der Führer der Organisation ist ein Fürst Lobanoff, der sich als Anhänger des zaristischen Rußlands ausgab und dem es infolgedessen gelang, in der Sofioter Gesellschaft und im diplomatischen Korps gute Beziehungen anzuknüpfen. Er hat — nach der Mitteilung der bulgarischen Polizei — umfangreiches Material über den weißrussischen Militärstab und dessen Verbindungen mit dem französischen Nachrichtendienst für die Sowjetregierung sicher gestellt. Lobanoff wurde verhaftet; auf Grund der Bemühungen ausländischer Gesandtschaften wurde er aber wieder freigelassen. Wahrscheinlich wollen die betroffenen Diplomaten versuchen, ihn über seine geheimen Nachrichten zum Schweigen zu bringen.

Was geht es eigentlich den bulgarischen Behörden an, ob weißrussische Militär-Putschorganisationen von Kommunisten bespitzelt werden? Die Ziele dieser — privaten — Organisation stehen jedenfalls im Widerspruch zum bulgarisch-russischen Nichtangriffspakt. Welchen Umfang die Arbeit jener Organisationen im Interesse der raschen Herbeiführung eines Krieges gegen Sowjet-Rußland angenommen hat, ist sehr klar dargelegt worden in der Schrift von Barbussé: „J'accuse“.

Dimitroff, der Direktor der bulgarischen staatlichen Getreideausfuhrdirektion und Mitglied des bulgarischen Bauernbundes, ist in Linz in Oesterreich ermordet worden. Die Nachricht, D. sei von der GPU nach Wien gelockt und umgebracht worden, da er geheime Verbindungen mit der Sowjetregierung gehabt habe, von denen diese die Spuren verwischen will, machen sehr den Eindruck, als sollten sie nur der Antibolschewisten-Hetze dienen.

Vergessen!

In einem Gefängnis in den Vereinigten Staaten hat der Scharfrichter vergessen, einen zum Tode verurteilten jungen Mann hinzurichten. Seit einem Jahr rechnete der Gefangene jeden Tag damit, auf den elektrischen Stuhl zu kommen, und durch diese andauernde Erregung ist er geisteskrank geworden!

Diese Meldung klingt so unglaublich, daß wir sie zunächst für eine Übertreibung halten möchten. Sonst ist gar nicht zu begreifen, daß nicht gleichzeitig gemeldet wird, was mit dem Scharfrichter geschehen ist.

Drahtloses Ferngespräch über 15000 Kilometer.

Zwischen der Reichsrundfunkgesellschaft und dem Weltflieger Gronau kam am Freitag nachmittag eine einwandfreie drahtlose Verständigung zustande. Damit ist das erste drahtlose Ferngespräch zwischen Berlin und Batavia, wo sich Gronau zur Zeit aufhält, zustande gekommen.

Sarrasani geht endgültig nach Moskau.

Sarrasani wird nun nach einer Mitteilung des Zirkusdirektors Katz von der Sowjet-Regierung angekauft und verläßt damit Deutschland für dauernd.

Genf und London festgefahren!

Frankreich will neue Vorschläge machen.

Daß die Londoner Fünf-Mächte-Konferenz endgültig ins Wasser gefallen sei, wird in England hartnäckig bestritten.

Die amerikanische Regierung steht der Londoner Konferenz sehr skeptisch gegenüber, da sie nicht der Ansicht ist, daß die deutsch-französischen Gegensätze in London beseitigt werden könnten.

Daß die englische Regierung die Hoffnung auf ein Zustandekommen der Londoner Konferenz noch nicht völlig aufgegeben hat, geht daraus hervor, daß sie die Absicht hat, auf eine Verschiebung des Zusammentritts der Abrüstungskonferenz vom 10. auf den 17. Oktober hinzuwirken.

Die französische Regierung beabsichtigt, dem Büro der Abrüstungskonferenz in nächster Zeit einen neuen Plan über die Schaffung von Sicherheitsgarantien und die Internationalisierung der zivilen Luftschiffahrt vorzulegen. Vielleicht soll diese Mitteilung zeigen, daß die Abrüstungskonferenz auch ohne Teilnahme Deutschlands weitergeführt werden könnte.

Am Freitag ist die Reichsregierung zusammengetreten, um eine Antwort auf die Einladung der englischen Regierung zur Londoner Konferenz abzufassen, die aber erst nach ihrer Ankunft in London veröffentlicht werden wird. In der Note wird wahrscheinlich die grundsätzliche Bereitschaft der deutschen Regierung, an der Konferenz teilzunehmen, ausgedrückt werden.

Mit der Annahme der Einladung will die deutsche Regierung wohl die Verantwortung für ein Scheitern der Konferenz auf die französische Regierung abwälzen, die allein noch keine offizielle Antwort gegeben hat. Eine einfache Ablehnung der Konferenz ist von Herriot nicht zu erwarten, und es ist daher anzunehmen, daß die Konferenz in irgend einer Form stattfinden wird. In der englischen Presse wird davon gesprochen,

daß sie in einigen Wochen stattfinden werde, wahrscheinlich nicht in London und mit einer völlig anderen Zusammensetzung, als beabsichtigt. Die USA sind aus der Liste der Teilnehmer gestrichen worden, dafür spricht man von einer Teilnahme Belgiens. Letzten Endes behält also Herriot recht, der gefordert hatte, die deutsche Forderung solle im Rahmen des Völkerbundes behandelt werden.

Die City meldet sich in Genf.

Der Völkerbund hat seit seinem Bestehen neun internationale Anleihen herausgegeben, die zu einem erheblichen Teil in England gezeichnet worden sind. Die Anleihen sind hauptsächlich an Bulgarien, Griechenland, Ungarn und Oesterreich vergeben worden, also an Länder, deren wirtschaftlicher Notlage in Stresa abgeholfen werden sollte. Nachdem Stresa nicht zu einem Erfolge geführt hat, nicht zuletzt, weil die britische Delegation sich weigerte, den Donauländern entweder durch Vorzugszölle oder durch einen Finanzbeitrag Hilfe zu leisten, fordern die Finanzleute der Londoner City, unter dem Vorsitz des ehemaligen britischen Außenministers, Sir Austen Chamberlain, die Sicherung der von ihnen gezeichneten Anleihen. Der Finanzausschuß des Völkerbundes solle einen unmittelbaren Druck auf die betreffenden Regierungen ausüben, damit sie die Zinszahlungen und Rückzahlungen der Völkerbundsanleihen wieder aufnehmen. Der Völkerbundsrat beauftragte daraufhin den Finanzausschuß, dieser Frage seine besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Soll ganz Südosteuropa zur Völkerbundskolonie gemacht werden, oder vielmehr zur Kolonie von Pariser und Londoner Finanzkreisen?

Mexikos Kampf gegen den Papst.

Katholische Priester haben kein Bürgerrecht.

Die gesetzgebende Versammlung des mexikanischen Staates Veracruz beantwortete die jüngste Enzyklika des Papstes mit einer Aufforderung an die mexikanische Nationalversammlung, den katholischen Priestern das Bürgerrecht zu entziehen und sie des Landes zu verweisen. Der Gouverneur von Veracruz hat die Beschlagnahme alles kirchlichen Eigentums im Staate Veracruz bereits angeordnet. Die mexikanische Nationalversammlung hat dem Erzbischof von Mexiko-Stadt mit Verhaftung gedroht, da er priesterliche Funktionen ausübe, ohne sich, gemäß dem Kirchengesetz, eingetragen zu haben.

Japan erhöht den Heereshaushalt.

Zur Weiterführung des mandchurischen Krieges hat das japanische Kriegsministerium eine Erhöhung des Heereshaushalts für 1933 gefordert. Er soll 860 Millionen Yen (rund 800 Millionen Mark) betragen, wovon 370 Millionen Mark dem

Ausbau der Landesverteidigung und der Schaffung neuer Rüstungsfabriken dienen sollen.

Amerika wird eingeseift.

Die amerikanischen Demokraten verteilen während der Wahlkampagne Seifenstücke mit der Aufschrift:

**Demokratische Seife
wäscht Amerika rein!**

Oder seift es nur ein, — möchte man hinzufügen.

Jedenfalls ist die SPD, die auf Anregung Künstlers im Wahlkampf 1928 dieses Mittel in das Gebiet der Wahlpropaganda eingeführt hat, nicht weiter damit gekommen.

Ein ständiger Ausschuß des Europäischen Minderheitenkongresses ist in Genf gebildet worden, der sich die Aufgabe gestellt hat, allen Minderheiten, die beim Völkerbund Klage erheben, beratend zur Seite zu stehen und für die Verbesserung des Völkerbundsverfahrens in bezug auf das Recht der Minderheiten einzutreten.

Bist Du noch in der Kirche?

Von Erich Weinert.

Ich hab einen Indifferenten gefragt:
Bist du noch in der Kirche?

Da hat er gesagt:

Ja, ich bin noch drin,

aber ich gehe schon seit zehn Jahren nicht mehr hin.

Und warum trittst du nicht aus?

Ja, es wurde immer nichts draus.

Du bezahlst doch auch Kirchensteuern, nicht wahr?

Ja, so einige dreißig Mark im Jahr.

Eigentlich verdienst du eins hinter die Ohren,

einmal betrachtest du die Pastoren

als Diener der finstersten Reaktion,

und dann ernährst du sie noch mit deinem Lohn.

Schon recht, man entschließt sich bloß immer nicht.

Also morgen gehst du aufs Amtsgericht.

Ich hab einen Sozialdemokraten gefragt:

Bist du noch in der Kirche?

Da hat er gesagt:

Die Kirche kommt gar nicht in Frage für mich,

ich bin zwar noch drin, doch nur äußerlich.

Es ist wegen meiner Frau und meinem Sohn.

Der Junge soll in der Schule nicht drunter leiden,

und meine Frau ist für Taufe und Konfirmation,

ich möchte eben Differenzen vermeiden.

Trotzdem bin ich Atheist, wie du weißt,

und kläre die Menschen auf, wo ich kann.

Und zu Hause duldest du den Heiligen Geist?

Die Aufklärung fängt nämlich zu Hause an.

Deine Frau ist doch gar nicht so gläubig gesonnen,

die ist doch sicher bald für den Austritt gewonnen.

Ich hab einen Kommunisten gefragt:

Bist du noch in der Kirche?

Da hat er gesagt:

Aoh, du denkst wohl, ich geh' Sonntags beten,

da wär' ich ein schöner Kommunist,

wir sind zwar formell noch nicht ausgetreten,

was ja schließlich auch überflüssig ist.

Wir hatten keine kirchliche Trauung.

Bei Vaters Begräbnis hat keiner gepredigt,

der Pastor kennt unsere Weltanschauung,

für den sind wir schon lange erledigt.

Und Kirchensteuern bezahl' ich ja nicht,

was soll ich da noch auf dem Amtsgericht,

Genosse, nun will ich dir mal etwas flüstern,

dein Name steht in den Kirchenregistern,

nun erzählt dein Pastor seiner Gemeinde,

bei mir ist sogar noch ein Kommunist,

ein Mann aus dem Lager der Glaubensfeinde,

der beweist, liebe Freunde, daß Jesus Christ

doch stärker als gottlose Lehrer ist.

Ja, daran hab' ich noch gar nicht gedacht,

nun aber schnell einen Strich durchgemacht.

Allen dreien sage ich noch eins zum Schluß:

Ihr seid euch alle völlig darüber klar,

die Kirchenherrschaft ist eine Gefahr,

die mit allen Mitteln bekämpft werden muß.

Heute verbietet sie uns schon, wie ihr wißt,

sie als das zu bezeichnen, was sie ist.

Die Geistesfreiheit, die sie irritiert,

wird mit staatlichem Gummi hinweggeradiert.

Doch wenn sie uns auch zum Schweigen zwingen,

es gibt noch ein Mittel, loyal und erlaubt,

womit man den geistlichen Finsterlingen

den Boden unter den Füßen raubt.

Wenn die Millionen den Austritt erklären,

die innerlich nicht mehr zur Kirche gehören,

das wird für die Reaktion ein Schlag,

den kein Gesetz zu verhindern vermag,

Doch die, die sich jetzt nicht endgültig trennen,

die sollen sich ja nicht mehr Kämpfer nennen.

Die sicherste Kapitalsanlage.

Roger W. Babson, ein bekannter amerikanischer Finanzsachverständiger, sprach über die wichtigste Grundlage des Kapitalismus:

„Der Wert unserer Kapitalanlagen hängt nicht von der Stärke unserer Banken ab, sondern vielmehr von der Stärke unserer Kirchen. Die Männer, von denen wir wirklich abhängig sind, sind die zu schlecht bezahlten Priester der Nation und nicht die gutbezahlten Rechtsanwälte, Bankiers und Makler. Die Religion der Gemeinde ist das eigentliche Bollwerk für unsere Kapitalanlagen. Und wenn wir in Betracht ziehen, daß nur 15 Prozent der Bevölkerung Wertpapiere irgend welcher Art besitzt und nur 3 Prozent so viele, um Einkommensteuer dafür zahlen zu müssen, so wird uns die Wichtigkeit der Kirchen noch klarer vor Augen geführt. In unserem Interesse, im Interesse unserer Kinder, im Interesse der Nation,

laßt uns Geschäftsleute die Kirchen und ihre Priester unterstützen.

Es tut nichts, wenn sie nicht fehlerlos sind und ihre Theologie veraltet ist. Das bedeutet doch nur, daß sie noch viel mehr tun könnten, wenn sie perfekt wären. Die allgemeine Sicherheit, in der wir leben, verdanken wir den Kirchen, trotz ihres jetzigen Mangels an Leistungsfähigkeit und Aktivität. Laßt uns, bei allem, was uns teuer ist, von heute ab mehr Zeit, Geld und Gedanken

der Kirche opfern, denn davon hängt letzten Endes alles ab, was wir besitzen.“

Ein wirksamer Weg, den Kapitalisten ihre „allgemeine Sicherheit“ zu nehmen, ist also der Austritt aus der Kirche.

Der „Heilige“ Januarius ist der Schutzpatron der Stadt Neapel. Er sorgt für diese Stadt, indem er jedes Jahr bei Gott ein „Wunder“ für sie erwirkt. An seinem Festtage, dem 19. September, stellen die Priester auf dem Altar der Kathedrale ein Fläschchen, das das Blut des „Heiligen“ enthält. Nach einigen Minuten ist das „Wunder“ geschehen: Das eingetrocknete Blut ist flüssig! Das Volk von Neapel bricht in ungeheuren Jubel aus. Die Glocken läuten, die Kanonen krachen und die Schiffssirenen heulen.

Auch in diesem Jahre (1932) ist das „Wunder“ wieder pünktlich eingetroffen!

„Private Weltanschauungen. . .“

L. W. In einer einzigen Nummer einer Lehrerzeitung drei Auszüge aus den Reden deutscher Minister! Was haben diese für die Politik des Volkes verantwortlichen Männer zu den Schul- und Kulturfragen zu sagen? Da es sich um die Äußerungen des deutschen Reichskanzlers, des Reichsinnenministers und des Bildungsministers von Thüringen handelt, sind ihre Aussagen nicht belanglos.

Wir wissen alle, daß die im Reich und in Thüringen amtierenden Männer keine Freunde einer freien Schule sind, daß sie für Kirche und Nation, gegen Sozialismus und Freidenkertum sind. War doch eine der ersten Taten des neuen Systems, die kommunistischen Freidenkerorganisationen zu verbieten; das Verlangen, auch den Deutschen Freidenkerverband zu verbieten, haben die Parteifreunde dieses Systems längst öffentlich gestellt. Dieses Verlangen ist vor einigen Tagen auf Initiative der NS im Hauptausschuß des preussischen Landtags zum Antrag erhoben worden, der bei Stimmenthaltung des Zentrums eine Mehrheit fand. Daß das Reichsschulgesetz wieder in der Schreibtischschublade des Herrn Reichsinnenministers verschwunden ist, liegt gewiß nicht daran, daß er selber oder seine Freunde die Unkultur dieses Schriftstückes empfunden hätten, sondern daran, daß er sich mit ihnen noch nicht hat einigen können.

Doch auch ohne Reichsschulgesetz kann man einiges in der Schule machen, wenn man die Macht hat, und wenn man klug genug ist, die eigenen Forderungen auf Autoritäten zu stützen, die den Rückwärtskurs decken. Wir erwarten selbstverständlich von einer rechtsgerichteten Regierung nicht, daß sie sich in ihrer Kulturpolitik auf den Boden der Freidenker und der internationalen Klassensolidarität stellt. Das ist Neuland, auf dem sie die Fährte verliert. Wir rechnen damit, daß sie im Rahmen der Verfassung so weit nach rechts rückt, wie es geht. Mit solchen Krebsgängen muß man im parlamentarischen System rechnen.

Wenn sie nur im Rahmen der Verfassung bleiben! Die Reden der Minister belehren uns, daß schon solche Erwartungen unerhört kühn sind, daß Oldenburg-Januschau die Absicht der Regierung wahrlich besser versteht, der im Zoppoter Kurhaus — keineswegs bei einem Strandfest, sondern bei einer deutsch-nationalen Wahlversammlung — gesagt hat, daß Hindenburg nicht nur die Verfassung beschworen, sondern auch (!) das Wohl des Staates zu fördern habe. Die Frage wird daher dringlich, wie es mit dem Staatswohl steht, das diese Herren im Auge haben, wie es sich ausnimmt, wenn wir es in die Nähe der Verfassung rücken.

Ministerreden: Reichsverfassung: Aus der Rede des Reichsinnenministers von Gayl (19. September):

1. „Unsere Reichsverfassung kennt nur den Staat schlechthin und überläßt es ihm, sein Verhältnis zu den Kirchen zu regeln.“

2. „Deshalb ist eine erfolgreiche und wirksame Staatsordnung nur auf religiöser Grundlage denkbar. In Bestätigung dieses Gedankens muß die Staatsführung religiös, das heißt für uns Deutsche: christlich sein.“

Aus der Rundfunkrede des Reichskanzlers von Papen (19. September):

3. „Sie (die Staatsgewalt) Art. 118: „Jeder Deutsche hat das Recht, . . . seine Meinung . . . frei zu äußern. . .“

Art. 124: „Alle Deutschen haben das Recht, . . . Vereine oder Gesellschaften zu bilden. . . Der Erwerb der Rechtsfähigkeit . . . darf einem Verein nicht aus dem Grunde versagt werden, daß er einen politischen, sozialpolitischen oder religiösen Zweck verfolgt.“

4. „Schulen und Lehrer, die diese Pflicht (die geschichtlichen Ueberlieferungen des deutschen Volkes zu achten) verletzen, haben keine Berechtigung.“

5. „Nicht private Weltanschauungen, sondern die ewigen Wahrheiten des christlichen Glaubens müssen die Grundlage sein zur Erziehung der Nation.“

6. „Damit das deutsche Volk in Freiheit an der Erziehung seiner Kinder und an der Erfüllung seiner deutschen Mission arbeiten kann, darf es nicht von dem ständigen Wechsel politischer Koalitionen aus seiner Bahn gelenkt werden. Auch hierfür bedarf es der Aufriehung einer dauernden Staatsautorität.“

Aus der Rede des thüringischen NS-Bildungsministers Wächtler (10. September):

7. . . . Lehrkräfte, die in der Internationale ihr Heil sehen. Diese haben nicht das moralische Recht, deutsche Kinder zu erziehen.“

8. „Die Artikel des Vertrages des Versailler Vertrages, die uns besonders die Ehre nehmen, müssen von allen Klassen auswendig gelernt werden. . . Bis in die kleinste Klasse soll Schulbeginn und -ende neben dem Gebot mit dem Hirsagen dieses Artikels geschlossen werden.“

Diese acht Aussprüche reichen hin. Bahnt sich die Auffassung christlich-nationaler Beeinflussung, wie sie hier vertreten wird, ihren Weg, so wird bereits jetzt, also noch ein Reichsschulgesetz diese Ansicht zu bindende Richtlinien er-

hebt, ein Artikel der Reichsverfassung von dauernder Verletzung bedroht sein, der in Anstalten, in denen die Wahrheit gesucht wird, an hervorragender Stelle stehen sollte, der Art. 148 Abs. 2:

„Beim Unterricht in öffentlichen Schulen ist Bedacht zu nehmen, daß die Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden.“

Jedem, der auf anderem Boden steht als Papen, Gayl und Wächtler, müssen Äußerungen, wie sie hier vorgetragen werden, ins Gesicht schlagen. Während die beiden Reichsminister den nationalen Gedanken christlich fundieren möchten, geht der NS-Minister stärker vom völkischen Standpunkt aus, obgleich auch bei ihm die Aufhetzung der Jugend mit dem Gebot verbunden sein soll.

Der Versuch der Verankerung des Nationalen in den Fundamenten des Glaubens zeigt, wie tief diese verhängnisvollen Vorstellungen eingehämmert worden sollen.

So geschehen, ist das Mißtrauen nicht nur Frankreichs zu verstehen gegenüber den Beteuerungen Neuraths, kein Volk könne tieferes Interesse an der Abrüstung haben als das deutsche. In Deutschland wird aufgerüstet, zwar noch nicht äußerlich, daran hindern es die Bestimmungen des Versailler Vertrages. Aber innerlich wird aufgerüstet, in den Köpfen der Bürger, besonders in denen der Jugend. Wie sagt Herriot? „Welcher Schwindel, dauernd von der materiellen Abrüstung zu reden, wenn nichts getan wird, die moralische zu ermöglichen.“ Dieser Satz wird nicht dadurch falsch, daß Herriot selber ihm in Frankreich auch nicht folgt.

Doch die Gefahr für die Schule droht nicht nur vom Nationalismus her, eine mindestens ebenso große Gefahr ist die auch unabhängig vom Nationalismus beabsichtigte

Verkirklichung der Schule.

Die Tragweite dessen, was die Minister vorhaben, erkennt man, wenn man die Freidenkerbewegung ins Auge faßt. Die Gefahr für die Freidenkerbewegung ist deshalb so ungeheuer angestiegen, weil die heutigen Gegner den Freidenkern an Macht weit überlegen sind, und die Möglichkeit, in diesem ungleichen Kampf zu siegen, daher noch geringer ist als bisher. Wohl ist auch früher schon die Kirche ein scharfer Gegner gewesen. Sie hat versucht, das Reichsschulgesetz durchzubringen; sie hat in Bayern und Preußen den Abschluß von Konkordaten erreicht. Aber sie hatte nicht die Staatsmacht und mußte daher ihre Forderungen im Kampf gegen politische Parteien durchzusetzen versuchen. Heute ist die Lage bei weitem ernster. Die Regierung selber, die fester als jede ihrer Vorgängerinnen die Zügel in Händen hält, ist der Anwalt der kirchlichen Forderungen geworden. Während bisher die Freidenkerbewegung einen gewissen politischen Schutz gehabt hatte, nicht nur durch die Verfassung, sondern auch mehr oder weniger durch die amtierenden Regierungen, ist sie heute dieses Schutzes beraubt. Sie steht ohne alle politischen Machtmittel einem bis an die Zähne mit diesen Machtmitteln gewappneten Gegner gegenüber.

Deshalb ist es nötig, den Wettlauf zwischen Macht und Recht in allen seinen Stadien zu verfolgen, alles Material herbeizuschaffen, was zur Aufklärung dient, damit wir sehen, was mit uns geschieht, unsere Organisationen zu mobilisieren und selber gegen Anschauungen zu kämpfen, die im Licht der Wahrheit und auch des Gesetzes nichts anderes sind als bestenfalls: private Weltanschauungen.

Deutsche Liga für Menschenrechte.

Dienstag, 11. Oktober, 20 Uhr:
Ortsgruppe Nord: Vortrag Heinrich Vierbücher: „Militarisierung der Jugend droht!“ Versammlungsort: Restaurant „Atlantic“, Behmstr. 67.
Ortsgruppe Westen II: Vortrag Hans von Zwehl: „Ein kulturpolitischer Querschnitt: Von Marquis Posa bis Bracht!“ Versammlungsort: Pschorrhaus, Tauentzienstr. 13.

Deutsche Friedensgesellschaft / Bez. Ost.

Dienstag, den 11. Oktober, 20.15 Uhr, im Lokal „Königsberger Bierquelle“, O 17, Königsberger Str. 29, Diskussionsabend. Th. Liebknecht spricht über „Krieg und Arbeiterklasse“. Gäste willkommen!

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

102) THEODOR PLIVIER.

Die Mehrheitssozialdemokratie ist mit ihrem Vorstand und ihrem Apparat in die Reichskanzlei übersiedelt und entwickelt eine geschäftige Tätigkeit nach zwei Richtungen: Gemeinsame Regierungsbildung mit den Unabhängigen unter der Parole „Sicherung der Revolution“, Heranziehung der bürgerlichen Kräfte zum Zwecke der baldigen Einberufung einer Konstituante unter der Parole „Demokratie“.

Die Führer der Unabhängigen diskutieren!
Die Mehrheitssozialdemokraten organisieren!
Die Obleute suchen sich im A- und S-Rat zu verankern!

Und auf der Straße bewegt sich die große namenlose Masse, die nach diesem Tag voller Erregungen müde wird und mit der vorrückenden Zeit anfängt, sich zu verlaufen. Die geschlossene Demonstrationbewegung ist zerfallen und nur einzelne, stillstehende Inseln sind zurückgeblieben. Am Brandenburger Tor steht ein weites Feld von bewaffneten Arbeitern und Soldaten, die alle bereit sind, die Revolution zu verteidigen. Auf dem Alexanderplatz drängt sich ein großer dunkler Haufen und spricht über die Einrichtung von öffentlichen Volksspeisungen, vom Schloß und von den Villen im Berliner Westen, die zu Wohnzwecken geöffnet werden müssen, von Arbeitsmöglichkeiten für die von der Front zurückkehrenden Soldaten. Der Lustgarten ist überflockt von vielen kleinen eifernden Gruppen, die über alle möglichen gesellschaftlichen und politischen Probleme diskutieren. Im Zirkus Busch zittern zwischen den gebogenen Schatten der Oleanderbüsche die Silhouetten der beiden Duncker. „Die Serie der Kriege wird erst abgeschlossen sein mit dem Sturz des Kapitalismus!“ ruft der Mann. „Mütter und Töchter, reißt euch ein in die Kampffront, auf zum letzten Gefecht!“ ruft die Frau.

Die Leute verlassen den Zirkus — krummgearbeitete Proletarier, die ein erstesmal versuchen, sich aufzuerheben, Männer und Frauen, in deren Augen die Hoffnung flackert, daß die Tage der Not vielleicht doch noch einmal ein Ende nehmen werden. Mitten in der abziehenden Menge befindet sich die Näherin Trude Müller. Sie hat sich von ihren Nachbarn losgemacht und läßt sich ziellos treiben, — die Linden entlang, durch die Friedrichsstraße. Vor dem Bahnhof bleibt sie stehen. Ein Zug aus dem Westen ist angekommen. Soldaten mit bärtigen Gesichtern, mit Tornistern auf den Buckeln, mit Packeten in den Händen, kommen in grauen Trupps die Treppen herunter. Trude Müller hat vor vierzehn Tagen einen Brief an ihren Mann zurück bekommen, mit einem Stempel der Kaiserlichen Feldpost: „Unbestellbar.“ Jetzt steht sie zufällig vor einem Berliner Bahnhof und starrt jedes einzelne Gesicht der aussteigenden Feldgrauen an. Eine krankhafte Idee hat von ihr Besitz ergriffen und läßt sie ausharren, bis der letzte Soldat von oben herunter gekommen und im Getriebe verschwunden ist. Und auch dann rührt sie sich noch nicht von der Stelle.

Fritz Ebert ist im Kanzlerzimmer allein geblieben. Er hat seine Freunde verabschiedet. Mit verschwitztem Kragen und aufgeknöpfter Weste sitzt er zurückgelohnt auf demselben Platz, von dem er sich seit Stunden kaum erheben hat. Das Tempo des Tages ist ihm fast zu viel gewesen. Morgens wollte er die Monarchie noch halten, um zehn versuchte er der Streikbewegung in den Arm zu fallen, mittags blieb nur noch die Aussicht auf eine einüberufende Konstituante übrig, und abends ist er hart an der Grenze der Machtübergabe an die Arbeiter- und Soldatenräte angelangt. Er hat für den morgigen Tag alles vorbereitet und zweifelt nicht, daß ein aus Sozialdemokraten und Unabhängigen zusammengesetztes Kabinett der Volksbeauftragten zustande kommen wird. Und aus einem solchen Kabinett kann ein Instrument gemacht werden, das den Räten allmählich überzuordnen ist. Was Noske in Kiel gelungen ist, muß auch in Berlin und im Reich durchzuführen sein. Das ist letzten Endes eine Frage der militärischen Macht. Die Armee, die hinter der alten Regierung stand, ist im Zerfallen begriffen.

Die Soldaten werden nach allen Richtungen auseinander laufen, aber was werden die Offiziere tun? . . . Der Gedanke, der Verrat bedeutet, ist wieder da.

Ebert ist frei von exaltierten Auffassungen und ohne die geringste Neigung zu Ueberschwänglichkeiten. Der hinter ihm liegende 9. November, den Generationen von Sozialisten ersehnt, und für den sie gelitten haben, hat sein Blut nicht schneller laufen lassen und ihn nur rechtschaffen müde gemacht.

Was ist Verrat? Eine müßige Frage ohne realpolitischen Hintergrund, die Schreier und Idealisten beantworten mögen. Und was ist Sozialismus? Eine Idee der Menschheitsbefreiung, wie es auch andere gibt. In der Politik geht es nicht um Ideen, sondern um die Kräfte, die im Zeichen gewisser Ideen zu organisieren sind. Es geht nicht um den Sozialismus, sondern es geht um die Sozialdemokratische Partei. Dieses große Instrument kommt unter die Räder und wird zerrieben, wenn die Arbeiter- und Soldatenräte zur Herrschaft gelangen, wenn er nicht rechtzeitig eine militärische Macht hinter seine Politik zu bringen versteht. Kann er die Offiziere der alten kaiserlichen Armee zu Hilfe rufen: das ist die Frage.

Ebert hebt sich aus seinem Sessel hoch, geht auf die Tür zu, öffnet und lauscht einen Moment auf den Gang hinaus, dann schließt er sie wieder und riegelt hinter sich ab. Schwer sinkt er in den Sessel zurück und starrt das vor ihm stehende Telefon an. Wenn er den Hörer hebt, meldet sich die Hauszentrale, aber wenn er vorher umschaltet, ist er durch einen geheimen Draht mit der Obersten Heeresleitung in Spa verbunden und kann ohne Nebenhörer mit dem Generalquartiermeister sprechen . . .

Wenn es sich nur um Preisgabe eines der sozialistischen Prinzipien handelte, — von denen haben viele den Notwendigkeiten positiver Staatspolitik geopfert werden müssen, und nicht nur mit seiner, sondern mit der Zustimmung aller einsichtiger Genossen. Aber gerade das ist es: solche Maßnahmen waren stets durch einen Mehrheitsbeschluß sanktioniert.

Und hier steht er allein!
(Fortsetzung folgt.)

ADGB-Bundesausschuß beschließt öffentliche Kundgebung.

Am 7. Oktober trat der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu einer Tagung in Berlin zusammen, um mit den Verbandsvorständen die wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen der Notverordnung sowie die gegenwärtige Rechtslage zu besprechen.

Er beschäftigte sich zunächst mit den Konsequenzen, die durch die Durchführungsverordnung des Reichsarbeitsministers vom 3. Oktober für den Abwehrkampf der Arbeiterschaft gegen den Lohnabbau entstehen könnten. Einmütig wurde die Meinung vertreten, daß durch die Verordnung die verschiedenen Einwände, die von den Gewerkschaften gegen das Bestehen einer Friedenspflicht erhoben werden, nicht entkräftet worden sind,

da eine Rechtsgrundlage für die Verordnung des Reichsarbeitsministers nicht gegeben sei.

Die Gewerkschaften könnten sich zudem den stürmischen und vollauf berechtigten Protesten ihrer Mitglieder gegen den Lohnabbau nicht verschließen. Die Kämpfe würden nicht durch die Gewerkschaften, sie würden durch das bittere Unrecht der Notverordnung selber hervorgerufen. Die Verantwortung für diese Arbeitskämpfe treffe daher nicht die Gewerkschaften, sondern die Regierung und ihre Notverordnung.

Von zahlreichen Verbandsvertretern wurde auf die wirtschaftlich unsinnigen und sozialpolitisch unerträglichen Wirkungen der Notverordnung hingewiesen, deren arbeitsmarktpolitische Gefahr durch die neuen handelspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung noch unabsehbar gesteigert werden. Das umfangreiche Material, das den Gewerkschaften über eine sinnlose und mißbräuchliche Ausnutzung der neuen Bestimmungen vorliegt, soll der breitesten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

In einer öffentlichen Kundgebung der Gewerkschaften am 18. Oktober sollen die unheilvollen Folgen gezeigt werden, die sich aus der Durchführung des erneuten Lohnabbaues nicht nur für die Lebenshaltung der Arbeiterschaft, sondern auch für jeden Versuch einer wirksamen Arbeitsbeschaffung, insbesondere auch für die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Papen-Regierung, zwangsläufig ergeben müssen.

Der „Vorwärts“ boykottiert Leipart.

F. G. Der „Vorwärts“, der sich in den jüngsten Jahren nicht genug tun konnte in wiederholten Feststellungen der gegenseitigen festen Verbundenheit von SPD und freien Gewerkschaften, hat bis zum heutigen Tage mit keiner Silbe Notiz genommen von dem Brief Theodor Leiparts an alle Gewerkschaftskollegen, den wir bereits in Nummer 223 des „Funkens“, also am 22. September, abgedruckt haben. Dieser Brief ist seitdem wohl in allen Gewerkschaftszeitungen abgedruckt worden. „Die Welt am Montag“ nennt diesen Brief mit Recht ein Dokument, „dessen Ton sensationell genannt werden muß“.

Wir geben die wichtigsten Stellen hier noch einmal wieder:

„Die Zeit der stärksten Reaktion ist da. Sie zwingt uns, neue Wege der Gewerkschaftspolitik einzuschlagen. Wir wollten auf dem Wege der Demokratie, der Veranft und der allgemeinen Wohlfahrt — ohne Bürgerkrieg und die daraus folgende Not — den Aufstieg der Arbeiter herbeiführen. Wir wollten durch eine Politik der Mäßigung und der Verantwortung, der Sachlichkeit und Mitarbeit, auf dem Boden des Rechts und der Kultur eine bessere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für alle schaffen helfen. Unsere politischen und wirtschaftlichen Gegner drängen uns aber von diesem Wege ab. Wir sind bereit, den uns aufgezwungenen Kampf aufzunehmen.“

„Unser Kampf wird schwerer sein denn je. Gegen uns steht wie früher die Regierung. Gegen uns steht das Unternehmertum. Gegen uns stehen weite Kreise des Bürger- und Bauerntums, weil sie unsere Ziele nicht können oder nicht verstehen. Der gesamten Reaktion steht eine uneinige Arbeiterschaft gegenüber. Kollegen, sieht nicht jeder von Euch ein, daß jetzt ein Ende gemacht werden muß mit aller Uneinigkeit, mit aller Zwitterheit, mit allem Bruderkrieg? Unser Kampf ist nicht ungünstig, wenn wir einig sind. Wir haben mehr Bewegungsfreiheit als in den letzten Jahren. Wir brauchen also nicht entmutigt zu sein. Wir gehen freier, wagemutiger und entschlossener in den Kampf um die Rechte der Arbeiterschaft.“

Kollegen, wir stehen vor einer entscheidenden Wendung. Mißlingen die Wirtschaftspläne der Reichsregierung, so ist die kapitalistische Wirtschaft erledigt. Die Entwicklung mag sein, wie sie will. Sie wird uns gerüstet finden.“

Weshalb der „Vorwärts“ diesen Brief boykottiert, wissen wir nicht. Vielleicht deshalb, weil der Ton dieses Briefes in bezug auf die Einheitsfront sehr versöhnlich ist, weil die Sozialdemokratie nicht besonders von Leipart gepriesen und die von ihr aufgezogene „Eiserne Front“ nicht als die Einheitsfront herausgestrichen wird.

Vielleicht auch, weil die Andeutungen einer Umstellung zu einer kämpferischen Politik dem „Vorwärts“, der ja streng für Volksgemeinschaftspolitik und Nationalismus-ist, schon zu gefährlich sind? Denn Leipart sagt:

„Wir wollten auf dem Wege der Demokratie den Aufstieg der Arbeiter herbeiführen . . . unsere Gegner drängen uns aber von diesem Wege ab.“

Es geht dem „Vorwärts“ offenbar wie Vandervelde, der sich auf dem Wiener Kongreß der II. Internationale 1931 vernehmen ließ:

„Wir sträuben uns, an der Demokratie zu zweifeln!“

Von der Streikfront. Trotz einstweiliger Verfügung kein Lohnabbau.

Die Buchbinderei Sieke in Leipzig, auf deren Antrag hin eine einstweilige Verfügung herausgegeben worden war, durch die die Gewerkschaften verpflichtet wurden, den Kollegen die Arbeitsaufnahme anzuraten, hat nun — nachdem sie also amtsgerichtlich Recht bekommen hat — doch auf den ursprünglich geplanten Lohnabbau verzichtet. Damit sind sowohl der Streik als auch die Gefahr der Aussperrung für die betreffenden Kollegen bis auf weiteres erledigt.

Wir können nur vermuten, daß die betreffende Firma trotz des gerichtlichen Urteils

mit einer weiteren Kampfkation der Arbeiterschaft gerechnet hat,

die sie mit der jetzigen Lösung ausschließen wollte.

Neue Siege der Arbeiterschaft.

Die Gummiwerke Schönebeck haben den angekündigten Lohnabbau zurückgenommen, nachdem die Belegschaft beschlossen hatte, in den Streik einzutreten.

Der Tabakbetrieb Blase A. G. in Lübecke nahm seine Lohnabbauforderungen ebenfalls zurück, als die Arbeiter den Streikbeschuß verkündet hatten.

Beendigung des Streiks im Alexanderwerk. Teilsieg der Arbeiterschaft.

Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters von Remscheid fanden neue Einigungsverhandlungen über den Lohnstreit im Alexanderwerk statt. Die Firma erklärte sich mit der Wiederaufnahme der Arbeit zu den alten Bedingungen einverstanden. Die Arbeitszeit soll auf 44 Stunden pro Woche herabgesetzt werden, um Arbeitslose einstellen zu können.

Ein Notruf vom Lande.

Viele Städter denken, daß es den Arbeitslosen auf dem Lande noch nicht so schlecht geht, weil ja die meisten von ihnen etwas Land haben. Aber dafür sehe man die Unterstützungssätze an, die hier gezahlt werden.

Ein Beispiel: Ein Kollege bekommt in der Woche 2 Mark Krisenunterstützung. Er ist keineswegs der Einzige, der einen geringen Betrag erhält. Zu Hause hat er eine Frau, zwei Kinder, die noch zur Schule gehen, eine erwachsene Tochter, die erwerbslos ist. Sie hungern nicht, weil sie etwas Land haben, auf dem sie sich Kartoffeln und Korn bauen. Trotzdem:

Zwei Mark in der Woche für fünf Personen!

Wie ist das möglich? Selbst wenn sie satt zu essen haben, wovon sollen sie Kleider, Schuhe, Kohlen kaufen, wovon Steuern bezahlen?

Wie kommt es zu dem niedrigen Unterstützungssatz von 2 Mark. Der Kollege hat ein eigenes Haus und 1/4 Hektar Land. Da erst vor kurzer Zeit die Unterstützungen wieder erheblich gesenkt worden sind, habe ich keine genauen Zahlen bekommen können über die ihm ohne alle Abzüge zustehende Unterstützung. Sie wird aber für den Monat etwa 40 Mark betragen. Nun kommen die Abzüge! Da dieser Kollege 1/4 Hektar Land hat, bekommt er in der Woche, anstatt sechs, nur zwei Tagessätze ausgezahlt; da er genügend Raum im Haus hat, um Zimmer vermieten zu können, wird ihm von diesen zwei Tagessätzen noch etwas abgezogen, wieviel, weiß er so wenig wie ich. Wie steht es um den Ersatz für diese Abzüge?

Die Zimmer im Haus sind an den verheirateten Sohn vermietet. Da dieser auch arbeitslos ist, eine Frau und zwei kleine Kinder zu ernähren hat, und sein Antrag auf Unterstützung bereits seit fünf Wochen läuft, ohne daß er einen

Dies Resultat ist kein hundertprozentiger Sieg der Arbeiterschaft. Es ist aber durch den energisch geführten Streik gelungen, wenigstens die Lohnabbaupläne der Firma abzuwehren.

Neue Streiks brachen aus

bei den vier Forster Textilfabriken Kurt Rosenthal, Krüger & Mielke, J. H. Heinrich, Th. Gischke;

ferner bei den Berliner Baufirmen Boswau & Knauer und Richter & Schädal, sowie in dem

Werk Torgau der Villeroy & Boch A. G., Keramische Werke. Hier erschienen von 800 Mann nur 40 im Betrieb.

Die Bayerischen Motorenwerke in München sind seit Freitag durch einen Streik stillgelegt. Nachdem die Betriebsleitung es abgelehnt hatte, den beabsichtigten Lohnabbau zurückzunehmen, beschloß eine Betriebsversammlung mit allen gegen sechs Stimmen den Streik. Selbst den Nazis blieb nichts anderes übrig, als mitzumachen. — Die Betriebsleitung hat durch Anschlag bekanntgegeben, daß jeder Arbeiter als entlassen gelte, der am Montag früh die Arbeit nicht wieder aufnehme.

Streik der Schweizer Stickereiarbeiter.

Zum Protest gegen ihre niedrigen Löhne sind die Stickereiarbeiter von St. Gallen in den Streik getreten. Sie erwarten, daß die Regierung Maßnahmen zur Milderung der Krise in der Stickereiindustrie ergreift. Um zu verhindern, daß die Arbeit jetzt nach den Stickereien in Vorarlberg vergeben wird, wo die Löhne noch niedriger sind, haben die Streikenden sämtliche Rheinbrücken besetzt und bei den Zollhäusern der schweizer-österreichischen Grenze Streikposten aufgestellt.

Pfennig Geld bekommen hätte, zahlt er natürlich keine Miete.

Bei den Abzügen für das Land wird eine besondere Methode angewandt, um die Unterstützung so niedrig wie nur möglich herunterzuschrauben. Der Boden jeder Gemeinde hat durch Beschluß des Finanzamtes einen einheitlichen Ertragswert erhalten; die Orte sind danach in „Ertragswertklassen“ eingeteilt. Dabei hat aber der zu einem Ort gehörige Boden keineswegs einen gleichartigen Ertragswert. Es ist im Gegenteil so, daß die Aecker an der Sonnenseite der Täler und die Aecker mit dem guten Boden den Bauern gehören. Die schattigen Aecker, und die mit schlechtem Boden, gehören den Arbeitern. Oft liegen diese Aecker hoch oben am Waldrand, denn der Bauer nimmt sie nicht gern, weil sie trocken und steinig sind, und das Wild dort Schaden anrichtet. Nun werden den Arbeitern je nach der Größe ihres Bodens und der „Ertragswertklasse“, zu der ihr Dorf gehört, ein, zwei, drei und mehr Tagessätze von der Unterstützung abgezogen. Man rechnet ihnen also meistens von ihrem Land einen Ertrag an, den sie in Wirklichkeit nie bekommen.

Noch deutlicher wird das hier vorliegende Unrecht, wenn man sich die Ausgaben des Kollegen ansieht. Er hat, abgesehen von Kleidung und anderen Sachen, die er zum täglichen Leben braucht, im Jahr allein an Steuern und Abgaben an die Gemeinde 155 Mark zu zahlen, also mehr als das, was seine Unterstützung augenblicklich ausmacht. Dabei ist die Brandversicherung noch nicht eingeschlossen. Dann hat er, als er das Land kaufte, 2000 Mark bei der Landeskreditanstalt aufgenommen. An die Abzahlung dieser Schulden oder auch nur der Zinsen ist überhaupt nicht zu denken.

Dieser Kollege sieht nicht vereinzelt da, so geht es vielen. Zwei Mark Unterstützung, fünf Mark, wenn es hoch kommt, acht Mark! Manche bekommen gar nichts. F. L.

Ersklassige
Maßarbeit

Herren - Anzüge
Mäntel
Damen - Mäntel
Kostüme

Tadelloser Sitz

Schönheit

MAGDEBURG

Johannisbergstr.

10, III.

Stoffmuster
vorrätig.

Das Haus der guten Schuhe

H. Ebel

Berlin N 65, Maxstr. 27

Reinickendorf, Residenzstr. 97/98

Telefon: D 6 Wedding 2358

Bei Vorzele d. Inserates 5% Rabatt!

Anfertigung eleganter

Damengarderobe

und

Reformkleidung

J. Fürchtenicht

Göttingen, Nikolausberger Weg 87.

Freunde
und Leser des
„Funkens“!

Unterstützt!

Eure

Zeitung!

Werbt Abonnenten

Sammelt Anzeigen

Bevorzugt bei Einkäufen
unserer Inserenten!

Werbeprosperkte
Zeitungen
Zeitschriften

bei billigster Preisberechnung druckt

A. Janiszewski

Buchdrucker und Verlag, GmbH

Berlin SO 36, Elisabethufer 29, Fernruf: Sammelaummer FI Moritzplatz 3471



Oberhemdenstoffe,
Tricoline, Flanelle, Oxfords

günstige Posten Maccotuch
kauft man gut und billig bei

Kurt Levy,

Berlin O 112, Scharnweberstr. 16/17

„Haltet Euch gesund
durch naturgemäße Kost“

Reformhaus Gesundheitsquelle
Berlin, Köpenicker Straße 96

BERLIN

DIE KAMERA

Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987

Ab 7. Oktober:

Alexander Molsai in seinem einzigen Tonfilm:

DIE KONIGSLOGE

mit Camilla Horn

Dazu das gute Beiprogramm

Jugendliche haben Zutritt

Aufangssitzungen: 17, 19 und 21 Uhr.

Was soll die Arbeiterschaft tun gegen die
Militärdictatur
in Deutschland



Das Stillhalten der organisierten Arbeiterschaft gegenüber Papen, Schleicher und den hinter ihnen stehenden Unternehmern und Großagrarern macht weitgehend eine Neuorientierung der klassenbewußten Arbeiter in den grundsätzlichen und taktischen Fragen notwendig.

„Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis!“ Die Theorie, auf der der ISK seine politische Arbeit aufbaut, ist in folgenden, kurzgefaßten Schriften niedergelegt:

LEONARD NELSON: Die bessere Sicherheit. Ketzereien eines revolutionären Revisionisten. 2. Aufl. 22 Seiten. 0,40 M. Diese Schrift enthält die kritische Auseinandersetzung mit dem „historischen Materialismus“.

MINNA SPECHT: Jakob Friedrich Fries. Der Begründer unserer politischen Weltanschauung. 26 Seiten. 0,60 Mark.

Verlag „Öffentliches Leben“
Berlin S 14, Inselstr. 8a. Postcheck: Berlin 31342

Ein feiner Arbeitgeber.

Der Fabrikant als Urkundenfälscher.

Wegen schwerer Urkundenfälschung stand der Fabrikant K. vor dem Amtsgericht Berlin Mitte. K. hat zum Zwecke des Prozeßbetruges eine Privaturkunde, nämlich eine Quittung, durch Einfügung eines besonderen Schriftsatzes gefälscht. Er war einem kleinen Handwerker — einem Installateur — für die Herstellung umfangreicher Lichtanlagen den Betrag von 730 Mark schuldig. Nachdem er ratenweise vierhundert Mark abbezahlt hatte, stellte er plötzlich die weiteren Zahlungen ein. Es kam zu einem Zivilprozeß, in dessen Verlauf er plötzlich eine von dem Installateur erhaltenen „Ausgleichs“-Quittung vorwies und auf Grund dieser Quittung jede weitere Zahlung ablehnte. Der betrogene Handwerker leitete daraufhin ein Verfahren wegen Urkundenfälschung in die Wege und es stellte sich heraus, daß K. die gewöhnliche Empfangsquittung durch Hinzufügung des Satzes „zum Ausgleich meiner Rechnung“ in eine Ausgleichsquittung umgefälscht hatte.

Obwohl ein Schriftsachverständiger und die eigene Stenotypistin des Angeklagten den in die Quittung eingefügten Satz als Handschrift K's identifizierten, bestreitet dieser die Fälschung.

Als er gar zu sehr in die Enge getrieben wurde, beschuldigte er schließlich seine eigene Angestellte, die Fälschung begangen zu haben.

Milde hat dieser Mann bestimmt nicht verdient! Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn die lächerlich geringe Strafe von sechs Wochen Gefängnis. Das Gericht ging jedoch erfreulicherweise über den Antrag des Staatsanwalts hinaus und verurteilte den Angeklagten zu der Strafe von drei Monaten Gefängnis. — Pit.

Ein Zeichen politischen Konjunkturumschwunges?

Keine Nazi-Anwälte für Lahusen.

Die Gebrüder Lahusen haben den bekannten Nazi-Anwalt Frank II aufgefordert, ihre Verteidigung niederzulegen. Die Mandats-Niederlegung von Frank wird gleichzeitig das Ausscheiden von Luettgebrune, dem anderen Nazi-Anwalt, nach sich ziehen. Dafür wird ein Berliner Anwalt die Verteidigung übernehmen. Wahrscheinlich handelt es sich dabei um Prof. Aisberg, der die Verteidigung niedergelegt hatte, weil er nicht mit den beiden Nazi-Anwälten zusammenarbeiten wollte. — Vielleicht haben die Lahusens damit die politische Konjunktur besser ausgenutzt, als sie es bei der wirtschaftlichen Konjunktur verstanden.

Der Lahusen-Prozeß wird im übrigen wahrscheinlich erst im Jahre 1933 durchgeführt werden können, da die Angeklagten die bisherigen Sachverständigen wegen Befangenheit abgelehnt haben. Sollte die Strafkammer dem Ablehnungsantrag stattgeben, so müßten sich erst wieder neue Sachverständige in den umfangreichen Prozeß-Stoff einarbeiten.

Ein begehrter Pos'en.

Im Kampf um den M. d. R.-Titel.

Der Gründer der Partei „Höchstgehälter der Beamten 5000 Mark“ wurde jetzt wegen schwerer öffentlicher Urkundenfälschung und versuchten Betruges zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Um in verschiedenen Wahlkreisen die nötigen Unterschriften bei der Einreichung seines Wahlvorschlages aufzuweisen zu können, hatte er verschiedene amtliche Urkunden gefälscht. Das Gericht warf dem Angeklagten vor, er habe sich in den Reichstag wählen lassen wollen, um so in den Genuß der Diäten, des Freifahrtsscheines und anderer Annehmlichkeiten zu kommen. — Wir fürchten, daß es in dieser Beziehung bei manchen Leuten, die weniger Pech hatten, nicht anders steht.

Gegen die Miliz.

F. G. Mit diesem Thema veranstaltete die „Gruppe Revolutionärer Pazifisten“ am Freitag in Berlin einen öffentlichen Diskussionsabend. Das Hauptreferat hielt Gerhard Friters. Die zur Frage der Gleichberechtigung Deutschlands heraus-

Hitlers Wünsche zum Regierungsantritt.

Vor Jahresfrist haben Hitler und Hugenberg und der „Stahlhelm“ in Harzburg eine „Einheitsfront“, die „Harzburger Front“, gebildet. Heute schlagen sie sich gegenseitig in den Versammlungen die Köpfe blutig. Die Zeitschrift des „Stahlhelms“ nimmt die Zusammenstöße mit Nazis zum Anlaß, auszupacken. Wir erfahren da, daß schon in Harzburg ziemlich Gegensätze bestanden haben, die bisher der Öffentlichkeit verschwiegen wurden. Es war zwar schon früher dies und jenes über Meinungsverschiedenheiten und Eifersüchteleien in Harzburg durchgesickert. Jetzt erfahren wir aber durch den erbosten „Stahlhelm“: „Der einzige, der nicht nur einen Teil, sondern sämtliche Verabredungen nicht einhielt, war Herr Adolf Hitler, der zu einer am Vorabend vereinbarten Besprechung unentschuldig nicht erschien, der zum Feldgottesdienst unentschuldig nicht erschien, der vor dem Vorbeimarsch des Stahlhelms verschwand (mit der nachträglichen Entschuldigung, er habe nicht gewußt, wie er den Stahlhelm grüßen sollte), der zu dem gemeinsamen einfachen Essen nicht erschien...“

„Der Stahlhelm“ schreibt weiter: „Im übrigen, veranlaßt uns die unverhohlene Ueberheblichkeit dieser nationalsozialistischen Verdrehungen zu folgender Feststellung: Herr Hitler hat in den Verhandlungen, die Mitte August mit den Beauftragten des Reichspräsidenten stattgefunden haben,

nicht nur den Reichskanzlerposten für sich verlangt, sondern darüber hinaus, sozusagen als Vorleistung gefordert, daß ihm vor der Amtsübernahme drei Tage lang die Straße (unter Zurückziehung der staatlichen Machtmittel) für seine SA freigegeben würde.

Die „Eroberung der Macht“, zu der er sich nicht fähig fühlte, sollte also wenigstens unter freundlicher Hilfestellung des Reichspräsidenten markiert werden. Angesichts dieser Tatsache, die, wie wir ausdrücklich feststellen möchten, durch kein Dementi aus der Welt zu schaffen ist, nimmt sich der vom „Angriff“ in Anspruch genommene Wahlspruch: „Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen“, einigermaßen seltsam aus. Uns scheint, es hätten einige andere sterben müssen, wenn Herr Hitler Deutschland hätte regieren dürfen.“

Wenn das wahr ist, was „Der Stahlhelm“ hier mit solcher Bestimmtheit behauptet, dann wäre damit wohl klar, warum Hitler seiner Zeit von Hindenburg abgelehnt wurde. Es ist zu verstehen, daß Hindenburg für solche Pläne seine Hand nicht reicht. Wenn aber diese Forderung nach der

Um die Papen-Bracht-Diktatur.

Zur Klage Preußens gegen das Reich.

Am Montag tritt der Staatsgerichtshof zusammen, um in der Klage der abgesetzten preußischen Regierung gegen das Reich zu verhandeln.

Bei der Absetzung der Preußen-Regierung bzw. der beiden sozialdemokratischen Minister Braun und Severing berief sich die Reichsregierung auf Artikel 48 der Reichsverfassung. Dessen Bestimmungen besagen:

„Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten.“

Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten.“

Die öffentliche Sicherheit und Ordnung sollte nun dadurch gefährdet sein, daß der Verdacht bestand, hohe preussische Dienststellen in Berlin und anderen wichtigen Punkten besäßen nicht mehr die innere Unabhängigkeit gegenüber den Kommunisten, die angeblich zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendig wären.

Die Preußen-Regierung hingegen behauptet, daß diese Unabhängigkeit sehr wohl bestand. Unabhängig hiervon streitet sie dem Reichspräsidenten bzw. der Reichsregierung jedes Recht zu dem von ihnen gewählten Vorgehen ab. Auch sie stützt sich hierbei auf den Artikel 48, der dem Reichspräsidenten kein Recht zur Absetzung einer Landesregierung geben soll. Daneben beruft sie sich aber auch auf Artikel 15 und 19. Im Artikel 15 heißt es u. a.:

„Die Landesregierungen sind verpflichtet, auf Ersuchen der Reichsregierung Mängel, die bei der Ausführung der Reichsgesetze hervorgerufen sind, zu beseitigen. Bei Meinungsverschiedenheiten kann sowohl die Reichsregierung als die Landesregierung die Entscheidung des Staatsgerichtshofs anrufen, falls nicht durch Reichsgesetz ein anderes Gericht bestimmt ist.“

gegebene Denkschrift der deutschen Regierung enthält die Forderung einer Miliz mit kurzer Dienstzeit. Diese Miliz, die auf der allgemeinen Dienstpflicht beruhen soll, ist vom Standpunkt der Kriegsgegnerschaft und vom antimilitaristischen und sozialistischen Standpunkt aus zu bekämpfen; denn sie bedeutet prinzipiell und praktisch den Zwang, zu töten und sich töten zu lassen für Interessen die den eigenen Ideen entgegen stehen.

Die Einführung der Miliz bedeutet Verstärkung des Nationalismus.

Bei dem demokratischen Klang des Wortes „Miliz“ werden nicht nur Demokraten wie Theodor Wolf, sondern auch die SPD Herrn Schleicher leicht ins Garn gehen, was ein neuer Schritt zur Trübung des Klassenbewußtseins der Arbeiter sein würde. Die parlamentarische Ablehnung der Miliz durch die KPD, die wohl zu erwarten ist, wird wahrscheinlich keine entschiedene Gegnerschaft gegen die Miliz bedeuten; denn die KPD steht auf dem Standpunkt, den imperialistischen Krieg nur mit dem Mittel der Zersetzungsarbeit innerhalb des Heeres zu bekämpfen.

Kurt Hiller sprach in der Diskussion in seiner bekannten scharf pointierten Art gegen die „Anti-Kriegspolitik der KP, die ein „Querstreifen“ bei der Schaffung einer umfassenden Front der Kriegsgegner sei, und las den Auch-Pazifisten und Auch-Kriegsdienstverweigerern einige starke Epistel. Sie würden bei Einführung der Miliz ja zu beweisen haben, ob ihre Taten in Einklang mit ihrem Mundwerk seien. Die gestäubt wurden, waren leider nicht da.

„Nacht der langen Messer“ bekannt ist, dann fragen wir, warum verhandeln noch heute Regierungsmitglieder mit Nationalsozialisten und warum hat eine Partei mit solchen verbrecherischen Zielen heute noch volle Freiheit, diese Ziele weiter zu verfolgen?

Interessant ist übrigens, daß der „Stahlhelm“ erst jetzt mit solchen „Enthüllungen“ an die Öffentlichkeit tritt, wo kaum noch Aussicht besteht, daß er mit den Nazis noch einmal „gemeinsame Sache“ machen kann.

Hitler will schon wieder siegen.

Hitler und Goebbels haben ihre Wahlpropaganda auf einer besonderen Tagung vorbereitet, Hitler hat auf dieser Tagung erklärt: „Die Schlacht kann beginnen. In vier Wochen werden wir aus ihr als Sieger hervorgehen. Im Reichspräsidentenpalais wird dann wohl die Erkenntnis einhellig sein: die nationalsozialistische Bewegung steht, sie ist da und wird niemals verschwinden. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder man gibt ihr die Macht, oder man gibt sie ihr nicht, dann werden sie von der Macht dieser Bewegung überwunden werden.“

Diese Zuversicht scheint uns reichlich übertrieben zu sein. Allerdings kommt es auf die Haltung der Arbeiterschaft an, ob die Dauerkrise, aus deren Erscheinungen heraus Hitler immer wieder Möglichkeiten findet, neue haltlose und enttäuschte Massen vor seinen Wagen zu spannen, überwunden wird.

Pfadfinder-Führer als Sittlichkeitsverbrecher.

Vor der zweiten großen Strafkammer beim Landgericht II Berlin hatte sich am Freitag der Oberleutnant a. D. Mummy wegen gefährlicher Körperverletzung und Sittlichkeitsverbrechens zu verantworten. Mummy, der Führer einer schwarzen Pfadfinderschar, wurde beschuldigt, sich an einer Anzahl von jugendlichen Pfadfindern vergangen zu haben. Als Mummy zu Pfingsten dieses Jahres ein Lager der Pfadfinderschar im Spreewald besichtigte, ließ er sich dort grobe Mißhandlungen und sonstige Uebergriffe gegen die seiner Obhut anvertrauten Jungen zu schulden kommen. Die Jungen mußten teilweise 18 km vom Lager weg und wieder zurück an ein Rad gebunden im Dauerlauf marschieren und wurden dann auf Grund eines Thing-Urteils im Lager zu Rutenhieben verurteilt. — Die Straf-

Nach dieser Bestimmung sollte die Reichsregierung also erstens die Länderregierung allenfalls auf einen Mangel aufmerksam machen. Das ist nicht geschehen. Und zweitens hätte bei einer Meinungsverschiedenheit darüber, ob wirklich der gerügte Mangel vorläge, vor einem Eingreifen der Staatsgerichtshof angerufen werden müssen. Wollte man selbst annehmen, daß der Artikel 48 dem Artikel 15 vorgehe, so könnte der Reichspräsident auch daraus schwerlich, sofern der Artikel 48 wirklich das Recht zur Absetzung einer Landesregierung gäbe, die Berechtigung dazu in diesem Falle herleiten. Denn die angeblich mangelnde Unabhängigkeit der Preußen-Regierung von der KP wird schwerlich so überraschend und gleich so stark aufgetreten sein, daß ein Hinweis auf diesen sogenannten Mangel vor dem bewaffneten Einschreiten nicht möglich gewesen wäre.

Ein weiterer Verstoß der Reichsregierung soll auch darin liegen, daß sie nicht alles getan hat, um möglichst bald wieder in Preußen abtreten zu können. Nach Artikel 17 der Reichsverfassung bedarf jede Landesregierung des Vertrauens der Volksvertretung. Daß Herr von Papen dieses aber nicht genießt, beweist ihm das Mißtrauensvotum des preussischen Landtages.

Schließlich aber hat Herr von Papen selber versprochen, daß der durch ihn in Preußen geschaffene Zustand sofort nach der Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung aufgehoben werden und nur die hierfür nötigen Maßnahmen umfassen soll. Wenn Herr von Papen nach seinen Begriffen noch immer nicht seine damit gesetzte Aufgabe erfüllt haben sollte, so wäre hierdurch seine bzw. Herrn Brachts Unfähigkeit zur Genüge erwiesen. Außerdem wird auch niemand sagen können, daß die von diesen Herren in die Wege geleitete preussische Verwaltungsreform zu den gesteckten Aufgaben gehört.

Zusammenfassend kann man also feststellen, daß das heutige Vorhandensein der Papen-Bracht-Diktatur in Preußen der Verfassung zuwiderläuft und nicht den gegebenen Zusagen entspricht. Wir können deshalb neugierig sein, wie der Spruch des Staatsgerichtshofes ausfallen wird.

kammer verurteilte den Führer Mummy zu sieben Monaten Gefängnis und hob den Haftbefehl auf. Mummy, der während des Plädoyers einen Ohnmachtsanfall erlitt, wurde noch in den Abendstunden auf freien Fuß gesetzt. Die Verhandlung fand wegen Gefährdung der Sittlichkeit unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Nazi-Scharführer wegen Mordes an seiner Geliebten verhaftet.

In Frankfurt a. M. wurde der Scharführer der Hitler-Jugend, Stubenrauch, verhaftet. Er hat seine Geliebte, die schwanger war, in den Main geworfen. Zwei Freunde hatten bei dieser Tat Schmiere gestanden.

Zola und die Gegenwart. Verbotene Versammlung.

Eine Versammlung des „Schutzverbandes deutscher Schriftsteller“, die am Freitag in den Kammer Sälen in Berlin stattfinden sollte, wurde im letzten Augenblick mit der Begründung verboten, die Versammlung sei politisch und deshalb anmeldepflichtig. Das Thema der Versammlung war: „Zola und die Gegenwart.“ — Man befürchtete wohl den naheliegenden Vergleich zwischen der Praxis der Sondergerichte und der Dreyfus-Affaire in Frankreich, um deren Aufklärung sich Zola bekanntlich große Verdienste erworben hat.

Bei der „Volkshilfe mit Bestattungsfürsorge“.

in Wiesbaden wurde bei einer polizeilichen Durchsichtung die Mitgliederliste und anderes Material beschlagnahmt. Auch dort möchte man in diesem Versicherungsunternehmen eine Fortführung des verbotenen Verbandes proletarischer Freidenker entdecken.

Auswärtiger Ausschuß ohne Deutschnationalen.

Die deutschnationalen Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses haben dem Vorsitzenden mitgeteilt, daß sie an der Sitzung des Ausschusses am 11. Oktober nicht teilnehmen werden.

Reichstagswahl! Stimmlisten einsehen!

Für die Reichstagswahl am 6. November ist die Abstimmungszeit diesmal auf die Zeit zwischen 9 und 18 Uhr festgesetzt, also gegenüber der vorigen Wahl um eine Stunde verschoben worden. Stimmzettel werden für Berlin bis spätestens 4. November um 16 Uhr ausgegeben. Die Stimmlisten liegen in der Zeit vom 16. bis 23. Oktober zur Einsichtnahme aus: werktags in der Zeit von 13 bis 19 Uhr und an den beiden Sonntagen von 10 bis 16 Uhr.

Eine Listenverbindung zwischen Staatspartei und SPD für die nächste Reichstagswahl findet nicht statt. Die SPD will sich angeblich mit keiner anderen Partei in eine Listenverbindung einlassen.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Montag, 10. Oktober, 20 Uhr, im Hackeschen Hof, Rosenthaler Str. 40/41 (Nähe Bahnhof Börse). Thema: Die Kriegsgefahr wächst! Gegen den Rüstungswahnsinn.

Essen-West: Montag, 10. Oktober, 20 Uhr, im großen Saal der Wirtschaft Spellerberg (früher Gardke), Essen-West, Siemensplatz. Thema: „Das Sündenregister der Papen-Regierung“. Redner: Maria Hodann (Berlin).

Witten: Dienstag, 11. Oktober, 20 Uhr, im Saale der Wirtschaft Bureholz, Winkelstraße. Thema: „Das Sündenregister der Papen-Regierung“. Redner: Maria Hodann (Berlin).

Freie Aussprache!

Eintritt frei.

Betrogene Bauern.

Ob die Reichsregierung unter dem Druck des Landbundes die geplante Kontingentierungspolitik mehr oder weniger weitgehend durchdrückt oder nicht — die Bauern sind die Betroffenen.

Entweder wird ihnen als Erfolg präsentiert: Ausschaltung oder doch Eindämmung der ausländischen Konkurrenz für bäuerliche Veredelungsprodukte. Die Preise dieser Produkte werden auch dann nicht steigen. Das gibt neuerdings sogar eine Hugenberg-Korrespondenz zu, wie wir im folgenden zeigen werden.

Oder den Bauern wird kein Kontingentierungserfolg präsentiert, weil die „handelspolitische Vernunft“ in letzter Stunde doch noch gewisse Lebenszeichen von sich gegeben hat. Was wird dann geschehen? Dann folgt aller — auf Erfahrungen gegründeter! — Aussicht nach ein Betrugsmanöver großen Stils mit allem möglichen Tamtam; dann wird die Haltung von Industriellen und Bankiers, von Händlern und Spekulanten in wildesten Tönen gebrandmarkt, die allen Ständen nacheinander eine Subvention nach der anderen geben, aber die Bauern ohne Hilfe lassen. Auch diese Propaganda wird den Bauern nichts helfen, zumal sie sie mit ihren Landbund-Beiträgen selber bezahlen müssen.

Also: Entweder die Bauern werden mit Kontingentierungen betrogen oder ohne Kontingentierungen. Betrogen werden sie auf alle Fälle!

Ihr natürlicher Bundesgenosse hält sich in seinen großen Massen leider völlig abseits: die deutsche Arbeiterschaft. Wenn diese kaufkräftig ist, haben die Bauern gute Kunden; wenn es den Bauern gut geht, haben die Industriearbeiter guten Verdienst.

Wir wollen hier nicht aus der Geschichte erklären, warum diese natürlichste aller Interessengemeinschaften in Deutschland heute nicht besteht. Wir wollen dieses traurige Kapitel aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung hier nicht anrühren, sondern nur kurz und deutlich feststellen: Die Interessen der Arbeiter und Bauern widerstreiten den Interessen der deutschen Großagrarien. Teures Brot und teures Futtergetreide, das wünschen die deutschen Großagrarien, das schadet den Bauern und den Arbeitern. Einfuhrkontingente nützen den Bauern unmittelbar nichts, schaden den Arbeitern und damit mittelbar auch den Bauern; denn infolge der Kontingentierungspolitik werden Arbeiter in den Exportindustrien arbeitslos und damit weniger kaufkräftig.

Ein halbamtliches Dementi . . .

„In der Presse ist die Behauptung aufgestellt worden, daß zwischen dem Reichswirtschaftsminister Warmbold und anderen Kabinettsmitgliedern Meinungsverschiedenheiten über die Kontingentpolitik der Regierung beständen, die zum Rücktritt des Reichswirtschaftsministers führen könnten. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, entspricht diese Meldung in keiner Weise den Tatsachen. Es besteht kein Konflikt zwischen Warmbold und anderen Kabinettsmitgliedern, im Gegenteil herrsche über die Kontingentpolitik der Regierung im Kabinett volle Einigkeit.“

So weit das amtliche Dementi vom 5. Oktober. Vielleicht stimmt es.

. . . und seine Deutung.

Zwischen der Stellungnahme von „Industrie und Handel“, der vom Reichswirtschaftsministerium beeinflussten Korrespondenz, und der Stellungnahme der landbundesfreundlichen Hugenbergschen „Volkswirtschaftlichen Korrespondenz“ hat jedenfalls eine weitgehende Annäherung stattgefunden, wie der Leser durch Vergleichung der folgenden Zitate leicht feststellen kann.

Wir lesen in „Industrie und Handel“ vom 6. Oktober:

„Man ist sich in Kreisen der Landwirtschaft selbst sowie in der übrigen deutschen Wirtschaft klar darüber, daß die Notlage der deutschen Landwirtschaft, die es zu beheben gilt, in erster Linie ein Absatzproblem ist. Da nun die Ausfuhr von Agrarprodukten nur eine verschwindende Rolle spielt, ist eine Stärkung des Binnenmarktes von allergrößter Bedeutung. In welchem Maße die Landwirtschaft unter dem Rückgang des industriellen Absatzes in Deutschland zu leiden gehabt hat, das kann man sich gut vorstellen an Hand einer Zusammenstellung, die sich in dem neuesten Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung findet. Die industrielle und die landwirtschaftliche Warenproduktion hat sich nämlich in den Jahren 1924 bis 1932 wie folgt entwickelt (Durchschnitt von 1927/28 und 1928/29 = 100):

	Industrie	Landwirtschaft
1924/25	77	80
1925/26	73	85
1926/27	87	84
1927/28	101	95
1928/29	99	105
1929/30	94	107
1930/31	74	110
1931/32	60	109
1932 (Jahresmitte)	53	—

Die selbstverständliche Folge dieses katastrophalen Produktionsrückgangs in der Industrie mußte ein schwerer Preisdruck für die landwirtschaftlichen Produkte sein. Daß sich gleichwohl die mengenmäßige Agrarproduktion auf guter Höhe gehalten hat, ja sogar noch steigen konnte, liegt daran, daß der Verbrauch an Lebensmitteln im ganzen genommen ziemlich unelastisch ist und das in den letzten Jahren der Anteil der Inlandsproduktion an der Lebensmittelversorgung Deutschlands dauernd gestiegen ist.

Auf der anderen Seite hat sich bei der industriellen Produktion gerade umgekehrt der Anteil der Ausfuhr in den letzten Jahren erhöht. Besonders deutlich ist dies bei der Maschinenindustrie, wo die Rückschläge in der Ausfuhr nicht annähernd so heftig waren wie beim Absatz im Inland.

Die Erhaltung unserer industriellen Kaufkraft ist daher in stärkerem Maße als früher abhängig von der Ausfuhr.

Aus diesem Grunde ist es nur konsequent, wenn die Reichsregierung jetzt den Versuch macht, sich vor dem Erlaß der Einfuhrkontingente für eine Reihe von Agrarprodukten mit

den Ländern, deren Export am meisten betroffen wird, zu verständigen.

Kommt es nämlich zu einer Schädigung der deutschen Ausfuhr, so ist die Hilfsstellung für die Landwirtschaft ebenfalls gefährdet.

Die Tatsache der engen Verbundenheit von Industrie und Landwirtschaft ist ein besonderes Charakteristikum der deutschen Wirtschaftsstruktur. Für unsere weltwirtschaftliche Stellung sowie für die Einheitlichkeit unserer Außenhandelspolitik ist es von entscheidendem Gewicht, daß wir uns dieser Tatsache bewußt sind. Ausländische Kritiken, die uns mangelnde Gradlinigkeit in unserer Wirtschaftspolitik vorhalten wollen, können dann um so leichter zurückgewiesen werden. (Dann! Ein deutliches Eingeständnis, daß sie heute nicht zurückgewiesen werden können. Rpt.)

Was in dieser Hinsicht von der Frage der Einfuhrkontingente gilt, das gilt in ähnlicher Weise auch für andere Probleme des Agrarschutzes und der Agrarpolitik, die in der letzten Zeit zum Gegenstand polemischer Auseinandersetzungen geworden ist. Dabei handelte es sich häufig um die Frage, ob getroffene oder geplante Schutzmaßnahmen geeignet sind, eine Umstellung der deutschen Landwirtschaft auf die veränderten weltwirtschaftlichen Verhältnisse — soweit dies auf Grund der naturgegebenen Voraussetzungen in Deutschland möglich ist — zu erleichtern oder ob sie diese womöglich erschweren. Ist das letztere der Fall, so wäre dem gemeinsamen Ziel nicht nur nicht gedient, sondern die volkswirtschaftlichen Kosten, die man sich auferlegt, wären vertan. Unter diesem Gesichtspunkt wird man zu den meisten Einzelfragen des Agrarschutzes Stellung nehmen müssen.“

Hugenbergs „Volkswirtschaftliche Korrespondenz“ vom 7. Oktober schreibt:

„Politik kann und darf aber immer nur Realpolitik sein und das Ziel des größtmöglichen erreichbaren Vorteils haben. Man kann nun einmal die Tatsache nicht hinweg zaubern, daß Deutschland gegenüber den Ländern, die durch die deutsche Kontingentpolitik betroffen werden, am kürzeren Hebel sitzt. Es sind dies gerade diejenigen Länder, gegenüber denen Deutschland in der Handelsbilanz am stärksten aktiv war. Es waren also unsere besten Kunden, und auch in der Handelspolitik mußte die Devise vom „Dienst am Kunden“ gelten.“

Deutschland ist nun einmal in der ungünstigen Lage, Ausfuhr in Artikeln treiben zu müssen, die zum allergrößten Teil ohne Not auch von anderen Ländern bezogen werden können.

Wenn man von landwirtschaftlicher Seite einwendet, daß die betreffenden Länder sich in zunehmendem Maße im Jahre 1932 mit ihrem Bezug von Deutschland abgewandt haben, so ist dagegen zu sagen, daß einerseits die Krise in diesen Ländern die Einfuhr ganz allgemein zurückgeschraubt hat, daß aber andererseits schon die bisherigen handelspolitischen Maßnahmen, insbesondere die Butterkontingentierung, diese Abwendung verursacht haben. Es sollte nun endlich Klarheit darüber bestehen, daß Deutschland ohne Exportförderung nicht in der Lage ist, die Krise zu überwinden, daß eine

Absperrung des übervölkerten Deutschland vom Ausland zur weiteren Verarmung führt und die Kaufkraft der für die Landwirtschaft notwendigen Massen weiter herabdrückt.

Das landwirtschaftliche Problem läßt sich mit Zöllen und Absperrungsmaßnahmen nicht bewältigen. Die Marktlage in Deutschland hat sich schon längst so verschoben, daß derartige Schutzmaßnahmen keine Preissteigerung für landwirtschaftliche Erzeugnisse mehr zur Folge haben.“

Sobald klar ist, daß es sich nicht um die Entgleisungen eines einzelnen Hugenberg-Redakteurs handelt, werden wir zu überlegen haben: Woher und warum diese Wandlung, zwar nicht durch Gottes, aber durch Hugenbergs Fügung?

Wollen etwa die deutschen Industriellen nicht mehr nach der Pfeife der deutschen Großagrarien tanzen?

Soll man aus dem Dementi der Reichsregierung herauslesen, daß zwar nicht zwischen Warmbold, dem Vertreter der industriellen Interessen, und anderen Kabinettsmitgliedern, wohl aber zwischen dem Ernährungsminister von Braun und anderen Kabinettsmitgliedern Meinungsverschiedenheiten bestehen? Werden sie dadurch erledigt, daß der Posten des Reichsernährungsministers anders besetzt wird? Rpt.

Zinsbelastung der Landwirte um ein Drittel ermäßigt.

Für Ende 1931 berechnet das Institut für Konjunkturforschung die Verschuldung der deutschen Landwirtschaft auf 11,8 Milliarden Mark.

Vor der Brüning'schen Notverordnung vom 8. Dezember 1931 hatte die Landwirtschaft mit einer jährlichen Zinslast von mehr als 1 Milliarde Mark zu rechnen. Diese Belastung verminderte sich auf Grund jener Notverordnung und nach verschiedenen Senkungen des Reichsbankdiskonts bis Mitte 1932 auf 850 Millionen Mark. Die Herabsetzung des Reichsbankdiskonts auf 4 Prozent und die von der Papen-Regierung verfügte teilweise Stundung der Hypothekenzinsen verringert die Zinslast weiter auf rund 640 Millionen Mark jährlich.

Die tatsächliche Zinsbelastung für das Kalenderjahr 1932 macht nach der Berechnung des Instituts für Konjunkturforschung 795 Millionen Mark aus (da die neue Senkung der Belastung zum Teil erst am 1. Oktober in Kraft tritt).

Die Zinsen werden im Kalenderjahr 1932 rund 11 Prozent der Verkaufserlöse ausmachen, im Wirtschaftsjahr 1931/32 waren es noch fast 14 Prozent. Für die Zukunft bedeuten die vorhin geschätzten Zinsen von 640 Millionen Mark jährlich nur noch etwa 9 Prozent derjenigen Verkaufserlöse, die nach dem gegenwärtigen Stand der Preise und Produktion zu erwarten sind. H. H.

Und die Siedlung?

Seit dem Sturz der Brüning-Regierung, die über das von ihr ausgearbeitete Siedlungsprogramm stolperte, ist es in den für diese Fragen maßgebenden Büros verhältnismäßig still geworden. Jetzt soll das heiße Eisen anscheinend wieder angefaßt werden, wobei mit Sicherheit anzunehmen ist, daß es so weit abgekühlt worden ist, daß sich diese Regierung die Finger daran nicht verbrennen wird.

Wer die Vorgänge, die das Siedlungsprojekt betreffen, im Laufe dieses Jahres verfolgt hat, wird lebhaft an den Satz erinnern: „Rin in die Kartoffeln — raus aus die Kartoffeln.“ Anfang des Jahres war sich die damalige Regierung völlig einig darüber, daß eine Siedlungsbewegung „größten Stiles“ durchgeführt werden müsse, und Schlange-Schöningen, der damalige Ostkommissar, rechnete, wenn die Durchführung glatt gelinge, mit einem solchen Aufleben des Ostens, daß die anderen Gegenden den Osten darum beneiden würden. Also: „Rin in die Kartoffeln!“ Ein halbes Jahr später — unter der neuen Regierung — spricht der Landwirtschaftsminister von Braun in dem Sinne, daß die landwirtschaftliche Siedlung nicht überschätzt werden dürfe und sie keine plötzliche Hilfe aus der Arbeitslosigkeit bedeute. Darum: „Raus aus die Kartoffeln!“

Die ostpreussischen Großgrundbesitzer selber haben im Laufe dieser Zeit ihren Standpunkt geändert. Hoffte Anfang des Jahres doch so mancher, sich durch den Verkauf eines Gutes an die gut zahlenden Siedlungsgesellschaften gesund zu machen, so braucht er heute nicht mehr nach der Taube auf dem Dach zu schielen, da ihm bei dieser Regierung sicher ist, das Rebhuhn in die Hand zu kriegen in Form von Osthilfe mit ihren Sicherungs- und Umschuldungsverfahren. Wozu sich mit dem Verkauf des Gutes in eine zweifelhafte Zukunft zu stürzen, wenn man die Möglichkeit hat, das alte Leben herrlich und in Freuden weiter zu führen?

Das ist der Grund, weshalb es den Siedlungsgesellschaften nicht möglich ist, an die verschuldeten und unrentablen Güter des Ostens, ja nicht einmal an die anerkanntermaßen sanierungsunwürdigen heranzukommen. L. G.

Reservearmee drückt Landerbeiterlöhne in Kanada.

In Kanada sind zur Zeit von 2 Millionen Industriearbeitern rund 30 Prozent erwerbslos.

Die Folge: Die Löhne für Landerbeiter sind von 3¼ Pfund Sterling in der Woche auf 1½ Pfund gesunken (zur Zeit etwa 22 Mark); die Hälfte davon geht ab für Unterhalt der Landerbeiter.

Im vergangenen Winter arbeiteten auf den Farmen Arbeiter nur für den Unterhalt. In einigen tausend Fällen gab die Regierung den Farmern, wenn sie einen Erwerbslosen einstellten, eine Subvention von namentlich 1 Pfund und gab dem Arbeitslosen die gleiche Summe als Taschengeld.

Die Zeiten, in denen gesunde Männer sich als Landerbeiter in Kanada die Mittel zum Erwerb einer eigenen Farm ersparen konnten, sind also vorläufig vorbei!

Der Wahnsinn als Methode.

In der Vollsetzung der Bayerischen Landesbauernkammer am 24. September in München charakterisierte das Kammermitglied Dr. Schlittenbauer die Hopfenstützungskaktion von 1930 als falsch.

Man hätte damals den Hopfen verbrennen sollen. Dann hätten wir heuer einen Preis von 350 Mark. So aber drückt der Hopfen von 1930 auch noch den Preis der heurigen Ernte. Wir sind zur Zeit in der Welt in einer völligen Verwirrung der Handelspolitik.

Es sollten möglichst bald alle Handelsverträge gekündigt werden, aber nicht mehr nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung, sondern nach dem Grundsatz: Wie du mir, so ich dir! erneuert werden, also nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit.

Eine leise Stimme der Vernunft.

Auf einer Tagung der englischen Industrie-Liga sprach Frank Hodges, ein früherer Bergarbeiter, der 1924 Mitglied der Arbeiter-Regierung war, für eine sehr vernünftige Resolution. In ihr heißt es: Das Mittel gegen die Überproduktion sei Vergrößerung der Konsumtion. Die Liga müsse also alles tun, was in ihren Kräften stehe, den Lohnkürzungsversuchen Widerstand zu leisten.

Hodges sagte, er sei während 35 Jahren bei vielen Lohnbewegungen beteiligt gewesen, und jede einzelne Industrie, mit der er zu tun gehabt habe, in der Lohnkürzungen bis zu einem äußersten Minimum vorgenommen worden seien, sei im Zustand des Ruins.

FRANKREICH

Als Protest gegen die Getreidepreissenkung in Frankreich sind 97 Bürgermeister zurückgetreten. Ihre Forderung: Die Regierung solle eine vernünftige Preisgestaltung in die Wege leiten!

Zur Stützung des Getreidepreises hat nun die französische Regierung beschlossen, 3 Millionen Doppelzentner Getreide der diesjährigen Ernte einzulagern und Prämien von 10 Franc (1,60 Mark) je Doppelzentner an diejenigen Landwirte zu zahlen, die einen Teil ihrer Ernte erst im nächsten Jahre verkaufen und an die staatlichen Lager abliefern. Die Kredite für die 3 Millionen Doppelzentner sollen vom Parlament angefordert werden. — Ein Verfahren, das in Deutschland schon längst üblich ist! Aber: „vernünftige“ Preispolitik?

USA

Radiokapital: 7,6 Milliarden Mark. Im Radiowesen sind nach einer Schätzung des „Index“ 1,8 Millionen Dollar angelegt: 150 Millionen Dollar in Radiofabriken, je 25 Millionen Dollar in Rundfunkstationen sowie in Industrie- und Handelsradiostationen und 1,6 Milliarden Dollar in Rundfunkgeräten.

60 Millionen Einwohner hören Radio, etwa 58 Prozent sämtlicher Familien. Von 1920 bis 1932 ist die Zahl der Radiostationen von 1 auf 607, die Zahl der in Betrieb befindlichen Empfangsgeräte von 60 000 auf über 16,5 Millionen Stück gestiegen.

OESTERREICH

Niedriger Geschäftsgang in der Elektro-Industrie. Die Starkstrom-Industrie ist nur noch zu 20 Prozent in ihrer Leistungsfähigkeit ausgenutzt, die Schwachstrom-Industrie zu 30 bis 35 Prozent.